

10. Schlussbetrachtung – Conclusion

10.1 Schlussbetrachtung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht das Phänomen der französischen Emigration nach 1789. Während der Revolutionsjahre verließen über einen Zeitraum von nur wenigen Jahren schätzungsweise 160 000 Menschen ihre Heimat. Bevor die *émigrés* ab Mitte der 1790er-Jahre weiter entfernte und zum Teil außereuropäische Ziele in Betracht zogen, suchten die meisten Zuflucht im grenznahen Ausland in der Hoffnung, nur vorübergehend dort bleiben zu müssen. Das übergeordnete Ziel der Untersuchung besteht darin, durch den Fokus auf die Zufluchtsräume an Frankreichs Außengrenzen im Norden und Osten zu einer quellenbasierten und daher problembezogenen Anschauung der Migration zu gelangen, um so ihrer Zusammensetzung, ihren Verläufen, ihrer Steuerung und ihren Folgen nachzuspüren.

Dafür werden verschiedene dezentrale und staatenübergreifende Perspektiven eingenommen, für die es die überwiegend unbekannten Überlieferungen der ehemaligen Aufnahmegebiete auszuwerten galt. Auf dieser westeuropäischen Quellengrundlage lässt sich die Darstellung wichtiger Phasen und Erscheinungsformen des Migrationsgeschehens verfeinern. Denn die historiografische Auseinandersetzung mit der Emigration ist bisher stark von ihrem erkennbaren Ausgang, das heißt der abschließenden Rückkehr der *émigrés* nach Frankreich, geprägt. Als grundsätzlich ergebnisoffener Prozess, der abweichende und sogar gegenläufige Entwicklungen einschließt, ist sie noch zu selten betrachtet worden. Die folgende Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse ist mit übergeordneten Fragestellungen der Forschung verknüpft. Im Sinne einer integrativen Problembehandlung nimmt sie normative, politische, gesellschaftlich-soziale und lebensweltliche Aspekte der Emigration in den Blick, die für ihre historische Bewertung als gesellschaftsdurchdringendes, europäisches Phänomen ebenso charakteristisch wie relevant erscheinen.

Zunächst zeigt sich, dass die französische Emigration – vielleicht noch bevor sie als Geschichte der Gegenrevolution, der *noblesse en exil* oder der kulturellen Transfers erzählt werden kann – als Gewaltmigration verstanden werden muss. Dies allerdings nicht mit dem Anspruch, das Ausmaß der Gewalt ausschließlich in Zahlen ausdrücken zu wollen, sondern in dem Bestreben, die schier existentielle Bedrohung hervorzukehren, welche die Fluchtmotive vieler *émigrés* bestimmte und ihre Alltagsentscheidungen im Exil beeinflusste. Dabei ist es wichtig, einem verkürzten Verständnis der Emigration als Kollateralschaden der Revolution entgegenzuwirken, das frankreichzentrierte Sichtweisen und Fortschrittstheorien des Republikanismus zumindest nahelegen. Auch wenn sie sich überwiegend außerhalb Frankreichs abgespielt hat, ist die Emigration ein Teil der Revolutionsgeschichte.

Es ist folglich unerlässlich, den Migrationsprozess in grenzübergreifenden Perspektiven zu betrachten, angefangen bei der gesetzlichen und politischen Verfolgung von Emigranten in Frankreich seit den frühen 1790er-Jahren. Dafür waren zunächst die verfassungsgebende und, seit 1791, die gesetzgebende Nationalversammlung verantwortlich, die ihrerseits durch den Erlass von mehreren Hundert Gesetzen die Emigration zu einem Feindbild konstruierten. Insgesamt waren von der repressiven Gesetzgebung zudem mehr Personen betroffen als nur die *émigrés*: Wer sich nicht durch seine eigene Emigration strafbar machte, riskierte nämlich auf andere Weise, mit den zahlreichen entsprechenden Dekreten und Gesetzen in Berührung zu kommen. Schon vor deren Kodifizierung im Jahr 1793 durch den Nationalkonvent war eine Inkriminierung von allem und allen erfolgt, was auch nur entfernt mit den Auswanderungsbewegungen zu tun hatte. So reichte beispielsweise die Bekanntschaft mit einer Person, die der Emigration bezichtigt wurde, aus, um dem Verdacht gegenrevolutionärer Machenschaften anheimzufallen. Im Vorfeld des Ersten Koalitionskrieges, an dem sich seit April 1792 zahlreiche Staaten beteiligten, dominierte in Frankreichs öffentlicher Meinung die Vorstellung, dass die *émigrés* haufenweise zu Europas Fürsten übergelaufen seien, um mit deren Hilfe Krieg gegen ihr eigenes Vaterland zu führen. Die Aufstellung militärischer Emigrantenverbände und deren lautstarke gegenrevolutionäre Kriegsrhetorik gaben zu dieser Sichtweise zwar Anlass, doch die Militanten verkörperten weder ideologisch noch numerisch das Gros der Flüchtlinge. Die Nationalversammlung und später der Nationalkonvent überhöhten nicht nur die Figur des Emigranten zum Feindbild, sondern auch deren soziales Umfeld. Ungeachtet der politischen und weltanschaulichen Gegensätze, die Frankreichs Bevölkerung schon länger auseinandertrieben, vergrößerte diese normative Propagierung den Graben zwischen den *émigrés* und ihrer Herkunftsgesellschaft. Dieser war zweifellos am größten, als Frankreichs Abgeordnete 1792 darüber befanden, dass sich die Emigranten der

Verschwörung gegen ihr Vaterland schuldig machten und sie daher mit der Todesstrafe zu belangen seien.

Dabei lassen sich eindeutig gegenrevolutionäre oder politische Motive nur für einen vergleichsweise kleinen Teil der *émigrés* nachweisen, die insgesamt eine sehr facettenreiche Gruppe bildeten. Das Spektrum dessen, was als politische Opposition angesehen werden konnte, war angesichts der widersprüchlichen Revolutionsgesetze und der Führungswechsel an der Spitze der Revolution ohnehin ebenso groß wie uneindeutig. Die Fluchtverläufe lassen ebenfalls darauf schließen, dass die Auswanderung vor allen Dingen das Ergebnis einer gesellschaftlichen Verunsicherung war. Diese verbreitete sich infolge des Zusammenbruchs der vertrauten staatlichen, kirchlichen und gesellschaftlichen Ordnung rasch und betraf grundsätzlich alle Bevölkerungsgruppen. Niemand war immun gegen Panik, um die Wendung des Historikers Donald Greer aufzugreifen¹. Die soziale Zusammensetzung der Fluchtbewegung bestätigt diesen übergreifenden Effekt. Auch wenn Frankreichs Adel und Klerus das historio-graphische Erscheinungsbild der Emigration geprägt haben, bleibt der Umstand zu bekräftigen, dass der überwiegende Teil der Flüchtlinge dem dritten Stand angehörte.

Anders als beispielsweise im Fall der französischen Hugenotten, deren Flucht seit dem späten 17. Jahrhundert im Wesentlichen auf die obrigkeitliche Einschränkung und Unterdrückung der protestantischen Religionsausübung zurückzuführen ist, unterschieden sich die Fluchtmotive der *émigrés* nach 1789 wesentlich stärker. Die verfügbaren Quellen zeigen, dass ihre Motivlage sehr komplex war. Die historische Forschung muss sich insofern vor einer Überpolitisierung der Emigrationsursachen hüten, die weniger den lebensweltlichen Verhältnissen der Betroffenen als vielmehr dem zeitgenössisch konstruierten Feindbild als Rebellen und Vaterlandsverräter entspricht. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Nationalversammlung ihre Existenzgrundlage in Frankreich zerstören wollte, scheint die darauf reagierende Neigung der Emigranten zu konkurrierenden politischen Systemen und Weltanschauungen wenig überraschend. Allerdings darf von den Folgen der Emigration nicht prinzipiell auf deren Ursachen geschlossen werden.

Differenzierende Stimmen, die Vertriebene von gegenrevolutionären Aktivisten zu unterscheiden suchten, waren auch in Frankreich zu vernehmen, aber sie konnten das vorherrschende Feindbild nicht aufweichen. Eine gewisse Entspannung zeichnete sich schon Mitte der 1790er-Jahre ab, allerdings führte zur Lösung des Problems kein Weg an der Straffreiheit für *émigrés* vorbei. Die allmähliche Lockerung der französischen Emigrantengesetze bis hin zur Amnestierung durch Napoleon Bonaparte im Jahr 1802 wirkte sich unmittelbar

1 GREER, The Incidence of the Emigration, S. 35.

auf das Migrationsgeschehen aus. Hatten die Gesetze den Verlauf der Emigration schon seit 1791 beeinflusst, so offenbarte ihre Zurücknahme letztlich erst recht, wie wirkmächtig das französische Migrationsregime gewesen war. Die Amnestie löste nämlich unmittelbar eine Rückkehrbewegung aus. Trotz der gesetzlichen Inkonsistenzen gelang es der französischen Regierung somit, die Remigration nach eigenen Vorstellungen einzuleiten.

Die Emigranten hatten sich von ihrer Herkunftsgesellschaft über Jahre ebenso entfremdet wie die einheimische Bevölkerung von ihnen. Gemessen an dem Ausmaß der Entfremdung kann die Bedeutung der von Napoleon beschlossenen Begnadigung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Doch wer als Begnadigter nach Frankreich zurückkehrte, sah einer unsicheren Zukunft entgegen. Während die grenznahen Staaten, in denen die *émigrés* über Jahre Zuflucht gefunden hatten, im Zuge der Säkularisation bis 1806 zum Großteil aufgelöst wurden, entpuppte sich ihre gesellschaftliche Wiedereingliederung als langwieriger Prozess. Besonders über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge dieser schwierigen Reintegration ist noch wenig bekannt, sodass in dieser Hinsicht ein dringender Forschungsbedarf festzustellen bleibt.

Wer aus der Emigration zurückkam, hatte die Revolution überlebt. Eine Selbstverständlichkeit war dies nicht, denn andere, darunter Abgeordnete der Nationalversammlung, die die Emigration einst kriminalisiert hatten, waren in der und durch die Revolution ums Leben gekommen. Für das Exil hatten die Emigranten nichtsdestotrotz erhebliche Risiken in Kauf nehmen müssen, angefangen mit der Reiseplanung. Nach 1789 lief man auf französischem Staatsgebiet Gefahr, als »*prévenu d'émigration*« verhaftet und verurteilt zu werden. Trotz eines regen Informationsaustauschs zwischen Emigrantengruppen im Ausland und Emigrationswilligen in Frankreich blieb das Terrain der Grenzräume vielen unbekannt, sodass Ausreisende ihre konkreten Pläne zur Grenzüberquerung meist erst auf dem Weg zur Grenze entwickelten. Aufgrund der geografischen und politischen Unkenntnisse war die Wirkmacht von *mental maps* groß, wobei das Ausland längst nicht immer den individuellen Vorstellungen und Hoffnungen entsprach. Anders, als es der auf Planmäßigkeit und Zielgerichtetheit abhebende Begriff des »Emigrierens« nahelegt, war die Ausreise aus Frankreich mit großen Unsicherheiten und allenfalls begrenzter Planbarkeit verbunden. Zahlreiche Selbstzeugnisse belegen, dass Revolution und Krieg die französische Grenzbevölkerung für fremde Mobilität sensibilisiert hatten.

An Frankreichs Außengrenzen operierten Netzwerke, die Ausreisenden aus finanziellen, humanitären oder politischen Motiven bei der Grenzüberquerung halfen. Auch das Agieren von Schleusern und anderen Agenten, das sich trotz ihres anonymen Handelns in vielen Quellen niedergeschlagen hat, muss als Indiz dafür gelten, dass die Emigration in Frankreich mehr Zuspruch erfuhr, als man auf Grundlage der bloßen Emigrationsquoten schlussfolgern

könnte. Viele Fluchtszenarien lassen sich heute nicht anders erklären als durch die stillschweigende Zustimmung von Augenzeugen und Mitwissern. An der Fluchtgeschichte des Geistlichen Claude-François Dumesnil, dessen detaillierten Aufzeichnungen von einzigartiger Bedeutung für die Forschung sind, lässt sich zwar ersehen, dass es in der Grenzbevölkerung aufmerksame Beobachter gab, denen daran gelegen war, potenzielle *émigrés* zu denunzieren, sei es aufgrund der gesetzlichen Pflicht, sei es aus ideeller Überzeugung. Jedoch waren jene, die der Emigration stillschweigend zusahen, in der Mehrheit. Für diese Annahme spricht die Beständigkeit der Fluchtrouten, von denen sich an Frankreichs Nord- und Nordostgrenze mindestens sieben nachweisen lassen. Obwohl sie den Behörden und der Bevölkerung bekannt waren, gelangten hier fortwährend Menschen ins Ausland. In auffallend gleichmäßigen Abständen voneinander führten diese Routen an naturräumlich günstigen Grenzabschnitten aus Frankreich hinaus. Abgesehen von der Ausreise über die Nordsee führten die nördlichen Fluchtwege in der Nähe der Städte und Ortschaften Lille/Valenciennes, Givet und Thionville über die Grenze. Während im nordöstlichen Grenzabschnitt zwei Routen die Überquerung der Saar beziehungsweise des Rheins vorsahen, gelangten die Emigranten im äußersten Osten über das Jura-gebirge und den Doubs in die Schweiz.

Was das Mobilitätsverhalten angeht, so waren in der Anfangsphase hauptsächlich Nahmigrationen zu beobachten. Gemäß der Maxime, so weit wie nötig und so nah wie möglich zu emigrieren, war die unmittelbare Gefahr einer Denunzierung und Festnahme nach der Grenzüberquerung vorerst gebannt. Allerdings begann für die Emigranten gleichzeitig ein Leben voller existentieller Unwägbarkeiten. Romantisierende Darstellungen, wie sie zum Teil aus der Feder der Emigranten in Memoiren nachzulesen sind, dürfen, wie amtliche Gegenüberlieferungen der Aufnahmestaaten zeigen, nicht den Blick für die prekären Lebensbedingungen verstellen. Soziale und familiäre Entwurzelung, andauernde Mittellosigkeit und wiederkehrende Perspektivlosigkeit prägten den Großteil der Exilbiografien. Mit dem unbeschwert-luxuriösen Leben, das vor allem adlige Emigranten vorübergehend führten, hatte dies wenig zu tun. Von diesen überwiegend aus der Koblenzer Kolonie bekannten Verhältnissen darf insofern nicht generell auf die Situation der Emigranten geschlossen werden. Die Kehrseite der französischen Emigration machte sich nicht an den europäischen Höfen bemerkbar, zumal die großen Kolonien, wie sie auch in London oder Turin entstanden, der Mehrheit der Flüchtlinge verschlossen blieben. Vielmehr entwickelten sich kleinere Städte und grenznahe Ortschaften zu den Schauplätzen zum Teil bedrückender Emigrantenschicksale.

Für ein umsichtiges Verständnis des Emigrationsprozesses ist es erforderlich, regional- und lokalgeschichtliche Perspektiven einzunehmen. Die Emigranten haben auf der unteren Ebene der lokalen Zusammenhänge wesentlich

mehr Spuren hinterlassen als in zentralstaatlichen Überlieferungen. Bereits die Summe der erhaltenen lokalen Quellen lässt erahnen, dass die Zuwanderung ein gesellschaftsdurchdringendes Phänomen war. Wie in Trier, wo sich die *émigrés* nachweislich über verschiedene Stadtviertel verteilten, dürfte die Begegnung mit den Geflüchteten für die Einheimischen auch in anderen Städten unausweichlich gewesen sein. Dies gilt nicht nur für die Gastgeber und Wirte wie etwa in Worms oder Karlsruhe, sondern ebenfalls für Bevölkerungsteile, die vordergründig nicht an deren Unterbringung beteiligt waren, so zum Beispiel Garnisonsmitglieder in der Festungsstadt Namur. Im öffentlichen Raum, das heißt in den Wirtshäusern, auf der Straße, in den Kirchen oder auf den Märkten, dürfte es zu unzähligen Kontakten mit den *émigrés* gekommen sein.

Ihre Bezeichnung als *émigrés*, die sich heute als spezifische Bezeichnung für die Emigranten der Französischen Revolution durchgesetzt hat, deutet zwar zu Recht an, dass sie im Ausland als Immigranten so gut wie keine Bedeutung erlangten. An einer langfristigen Integration war tatsächlich nur ein kleiner Teil interessiert. Allerdings kann ihre vorübergehende Emigration nicht bloß als Ausweichbewegung gelten, sondern sie muss ebenfalls als Weiterflucht, Vertreibung, Deportation und Evakuierung verstanden werden. Die Erkenntnis, dass die *émigrés* unweit ihres Ausgangsraumes unterschiedliche Seiten einer Gewaltmigration erlebten, bekräftigt den Nutzen regionaler und kleinräumiger Betrachtungsweisen für die historische Migrationsforschung. Auf einer tendenziell dichten Quellengrundlage, die sich unter anderem aus dem amtlichen Schriftgut lokaler Behörden und Akteure zusammensetzen lässt, verhindern sie eine schematische Typologisierung von Migrationsbewegungen, durch die abweichende und atypische Erscheinungsformen unberücksichtigt bleiben würden.

Die ungleichförmige Ausprägung der Migrationsverläufe ist darauf zurückzuführen, dass die Emigranten im grenznahen Ausland zahlreichen gesetzlichen Schranken unterworfen waren. Während der französische Staat ihre Auswanderung und dann ihre Rückkehr durch ein legislatives Bollwerk aufhalten wollte, sahen sie sich auf der anderen Seite der Grenze ebenfalls mit unzähligen Restriktionen, Meldepflichten und Ausweisungen konfrontiert. Im Interesse an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit reagierten die Aufnahmestaaten ihrerseits mit einer Vielzahl an Verordnungen. Zwar ließ deren praktische Umsetzung in vielen Fällen zu wünschen übrig, sodass es nachweislich durchaus Möglichkeiten gab, Aufenthaltsbedingungen auszuhandeln oder gesetzliche Schranken zu umgehen. Einen Anspruch auf Asyl gab es im Gegenzug allerdings auch nicht. Jedwede Planung des Emigrantenlebens unterlag somit grundsätzlich der Duldung durch den Aufnahmestaat, wodurch sich ein idealisierendes Verständnis des Exils im Fall der *émigrés*

umso mehr verbietet. Das Ausland bot ihnen vielleicht Sicherheit, aber nicht unbedingt Freiheit.

Tatsächlich mussten die *émigrés* immer wieder aufs Neue entscheiden, ob sie bleiben, zurückkehren oder weiterziehen wollten. Nach 1792, spätestens aber ab 1794, wurde die Lage an Frankreichs Außengrenzen so unberechenbar, dass ihnen nichts anderes übrigblieb, als pragmatisch zu reagieren. Die sukzessive Besetzung der grenznahen Zufluchtsräume zwischen Nordsee und Rhein durch die französische Armee löste seit dem Frühsommer 1794 eine massive Weiterflucht aus. Um unkontrollierbare Ansammlungen zu verhindern, verweigerten die meisten Regierungen die Aufnahme von Emigranten und beschlossen deren Ausweisung. In der Umgebung von Valenciennes, unmittelbar an der militärischen Front, mussten die Emigrantengruppen im Sommer 1794 beispielsweise evakuiert werden. Auch in anderen Gegenden spielten sich dramatische Szenen ab, wobei besonders die Hauptverkehrsachsen ins Rheinland von Flüchtlingstrecks überzogen wurden. Dazu zählten nicht nur französische *émigrés*, sondern auch mehrere Tausend Emigranten aus den Österreichischen Niederlanden. Die Erfahrung der humanitären Probleme und der gesetzlichen Aufenthaltsverbote veranlasste sie, den Exilalltag bisweilen gemeinsam zu bestreiten. So bezeugen die Quellen, dass Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft Informationen austauschten und Wegstrecken gemeinsam zurücklegten. Die Besetzung des linken Rheinufers, die Frankreich 1795 im Sonderfrieden von Basel vertraglich absichern konnte, zementierte eine Verschiebung der Zufluchtsräume. Entlang der ausgehandelten französisch-preußischen Demarkationslinie entstanden so neue Emigrantenkolonien, zum Beispiel in Emmerich, Münster, Dorsten oder Hamm.

Trotz der Beharrlichkeit der *émigrés*, in Grenznähe zu bleiben, war das Mobilitätsverhalten von einer ständigen Dynamik geprägt. Zusammengenommen summierten sich so etliche Nahmigrationen, wodurch sich nicht nur die Angehörigen der Militärverbände auf eine wahre Odyssee begaben, sondern auch zivile Emigranten innerhalb weniger Jahre Strecken von mehreren Tausend Kilometern zurücklegten. Das flüchtige Auftreten von Mikrogesellschaften, durch die sich Geflüchtete sowohl in dicht besiedelten als auch in abgelegenen Gebieten in Zweckgemeinschaften zusammenschlossen, ist ein Sinnbild für die permanente Mobilität der *émigrés*. Unter den schwierigen Exilbedingungen mussten sie sich wiederholt eine neue Ausgangslage verschaffen. Die Erkenntnisse über die Entstehung und Funktion dieser Mikrogesellschaften widersprechen teleologischen Darstellungen, denen zufolge die Emigration eine konzertierte gegenrevolutionäre Bewegung war, die unter politischen Gesichtspunkten geradlinig auf die Restauration der Bourbonen 1814/15 hinauslief. Die Emigration war vielmehr die Summe zahlreicher, jeweils unterschiedlich motivierter und ausgestalteter Fluchtbewegungen.

Die fortwährende Unsicherheit und der beständige Entscheidungsdruck lasteten auf den Emigranten ungeachtet ihrer sozialen Herkunft. Die Untersuchung zeigt, dass die Auswanderung eine egalisierende Wirkung auf das Emigrantenmilieu hatte, das zunächst der Ständegesellschaft des Ancien Régime entsprach. Sicher war die anfänglich opulente Lebensführung adliger *émigrés* für andere Gruppen unerreichbar, allerdings unterlag der Emigrationsalltag seit dem Ausbruch des Koalitionskrieges im April 1792 veränderten Bedingungen. Nach der moralisch und militärisch verheerenden Niederlage der Alliierten bei Valmy im September 1792 und dem Wegfall essentieller Ressourcen schienen die Standesunterschiede nunmehr aufgehoben. Vielfach konnten sie nur symbolisch kompensiert werden. Das alte Vermögen, das ehemalige Amt oder die einstige Stellung am Hof ersparten grundsätzlich niemandem die Widrigkeiten und Gefahren, die mit dem Emigrantenleben verbunden waren. So waren alle ständig auf der Suche – nach Aufenthaltsorten, nach Einkommensquellen, nach Bekannten und Verwandten, nach Rückkehroptionen, kurzum nach Sicherheit. Beispiele von Söldnermigrationen, wie sie unter den militärischen Emigranten im Zuge der Regimentsneugründungen seit Ende 1792 stattfanden, zeugen davon. Dass es sowohl von Seiten geistlicher als auch hochadliger Emigranten Initiativen zur Gründung von Hilfswerken gab, verdeutlicht den sozialständisch übergreifenden Unterstützungsbedarf im Exil.

In manchen Fällen führte die Emigration nicht nur zu einer Egalisierung, sondern gar zu einer Umkehrung der alten Gesellschaftsordnung. Waren adlige und führende Emigrantenvertreter samt ihrem Gefolge zunächst in vielen Aufnahmegebieten willkommen, änderten sich die Reaktionen ebenfalls seit 1792. Seitdem richtete sich die Hilfsbereitschaft in den Aufnahmestaaten tendenziell auf jene, die in der öffentlichen Wahrnehmung als gemeine Emigranten galten und nichts mit den militärischen Verbänden zu tun hatten. Neben Angehörigen des niederen Klerus galt die Landbevölkerung als schutz- und hilfsbedürftig, zumal sie meist in Familienverbänden aus Frankreich geflüchtet war.

In der Tat betrafen Emigrationsentscheidungen oftmals ganze Familien, sei es, dass sie Frankreich zusammen verließen, sei es, dass Angehörige die Folgen der Emigrantengesetzgebung auf andere Weise zu spüren bekamen. Um die Jahreswende 1793/94 flüchteten aus dem Elsass und an der flandrischen Grenze haufenweise Familien, wobei die Fallstudien einen signifikanten Anteil von Kindern und Jugendlichen offenbaren. Die Emigration darf deshalb nicht ausschließlich als Reaktion von mündigen und selbstbestimmten Akteuren auf die Revolution verstanden werden. Dies verbieten zum einen die Erkenntnisse über die Altersstruktur der Emigrantinnen und Emigranten, zum anderen verweisen Einblicke in deren soziale und familiäre Gefüge auf komplexe Abhängigkeitsverhältnisse. In solchen standen nicht nur Minderjährige, sondern auch Bedienstete, Verwandte, Ehefrauen, Altersschwache, Landpfarrer und andere

Geistliche des niederen Klerus. Die vertiefte Untersuchung von Zufluchtsstädten mit lokalen Überlieferungen hat in mehreren Fällen erwiesen, dass diese Gruppen nicht nur marginal vertreten waren, sondern einen erheblichen Teil der Emigranten ausmachten. Im Interesse an der Zusammensetzung der Emigration gilt es in Zukunft noch schärfer nach alters- und geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten zu unterscheiden.

Obwohl auch Militärpersonen zum Teil mit ihren Familien emigrierten, zogen sie häufig den Unmut der Bevölkerung auf sich. Von den Österreichischen Niederlanden bis an den Rhein waren es besonders die Kantonnements der Emigrantenverbände, die für Missmut und Konflikte sorgten. Dies manifestierte sich nicht nur an zentralen Standorten wie Tournai, Koblenz und Worms, sondern auch in den jeweils umliegenden Dörfern und Landstrichen. Die fremden Truppen nahmen für ihren Teil kaum Rücksicht auf die lokalen Gesetze und Eigentumsverhältnisse. In zahlreichen ländlichen Gebieten häuften sich deswegen zunächst die Sachschäden und anschließend die Beschwerden und die Streitigkeiten. Was dabei schwerer wog als die Präsenz der militärischen Einheiten – Einquartierungen waren in vielen der untersuchten Ämter nicht neu –, war der Umstand, dass die einheimischen Autoritäten den auftretenden Missständen tatenlos zusahen. Interventionen blieben zum Teil aus gegenrevolutionärer Überzeugung aus, zum Teil aus politischer Hilflosigkeit. Die Zurückhaltung der einheimischen Regierungen hinterließ in vielen Gegenden somit ein Gefühl der Unsicherheit, aus dem umso mehr negative Eindrücke der *émigrés* hervorgingen.

Aus Sicht der Aufnahmegesellschaften erschien die französische Emigration deswegen auch nicht als elitäres Phänomen. Auf die militärische Mobilisierung folgte seit 1792 eine anhaltende Notlage der Emigranten, die weder den Behörden noch der Bevölkerung verborgen blieb. Die *émigrés* gaben dabei ein Bild ab, das in mehrerlei Hinsicht abschreckte. Frankreichs alte Eliten – Hochadlige, Mitglieder der Hofgesellschaft, kirchliche Würdenträger, aber auch Gutsbesitzer, Provinzadlige, Offiziere oder Parlamentsräte – schienen bis auf ihr Leben alles verloren zu haben. Nicht weniger galt dies für Emigranten aus niederen Bevölkerungsschichten. Ausweislich der Quellen stachen in dieser Zeit die allgemeine Mittellosigkeit und die humanitären Probleme hervor. Die Regierungen hatten mit der Bewältigung der Migration zwar alle Hände voll zu tun, doch das Unglück der *émigrés* diente auch der moralischen und politischen Revolutionsabwehr. Von den Städten bis zu den Landgemeinden konnte man am Beispiel der Emigranten schließlich erleben, so propagierten es manche Regierungen, welches Leid die Revolution verursacht hatte. Vor diesem Hintergrund gewannen schärfere Polizeigesetze somit an Plausibilität.

Trotz ihres abrupten Endes hatte die kurzfristige Präsenz der französischen Emigranten mehr Auswirkungen auf die Anrainerstaaten, als man

annehmen könnte. Abgesehen von der unmittelbaren Konfrontation mit den Folgen der Revolution führten die Fluchtbewegungen innerhalb weniger Jahre in ausnahmslos allen Staaten zu einer drastischen Ausweitung der Fremdenpolizei. Gegenüber der landesherrlichen Normgebung früherer Jahrzehnte sprengte die Verordnungstätigkeit das bis dahin bekannte Ausmaß. Allein die in dieser Arbeit untersuchten westeuropäischen Aufnahmestaaten erließen zusammen mehr als 200 Verordnungen, um die Mobilität der *émigrés* zu regulieren. Dazu zählten nicht nur größere Territorialstaaten wie die geistlichen Kurfürstentümer Trier, Köln und Mainz, sondern auch räumlich zersplitterte Staaten und Kleinstaaten wie das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken und die Markgrafschaft Baden. Von einem inneren, funktionalen Niedergang der Landesherrschaften war in dieser Hinsicht kurz vor dem Ende des Alten Reichs nichts zu spüren. Mit einer außerordentlichen Improvisationsbereitschaft entwickelten die Regierungen Migrationsregime, die das Wanderungsgeschehen erheblich beeinflussten. Der verbreitete Einsatz von Kommissionen, wie sie zur Registrierung, Unterbringung und Überwachung der Geflüchteten gegründet wurden, und die enge Zusammenarbeit mit Emigrantenanführern stehen sinnbildlich für das Krisenmanagement einer Gewaltmigration, das ungeachtet aller Defizite einen Vorbildcharakter im 19. Jahrhundert entwickelte: Die Emigrantenverordnungen der 1790er-Jahre fanden nämlich nicht nur Eingang in die grundlegenden Gesetzessammlungen der jungen Nationalstaaten, sondern ihre Prinzipien kamen auch praktisch zur Anwendung. Als im Zuge der Julirevolution 1830 erneut französische Flüchtlinge im grenznahen Ausland ankamen, etwa in Trier, setzten die verantwortlichen Behörden die Erfahrungen ihrer Vorgänger aus den frühen 1790er-Jahren als Maßstab.

Wie also ist die Migrationspolitik der Aufnahmestaaten zu charakterisieren? Wie sich am Beispiel der französischen Emigration zunächst zeigt, unterlagen nicht nur langfristige, sondern auch temporäre Wanderungsbewegungen scharfen staatlichen Migrationsregimen. Manche Regierungen glichen ihre Maßnahmen an diejenigen benachbarter Staaten an, den betroffenen Aufnahmestaaten gelang also trotz der zahlreichen praktischen Probleme eine grenzübergreifende Migrationssteuerung. Nicht nur die Intensität des Fluchtgeschehens, sondern auch der politische Konfliktstoff verlangte den verantwortlichen Instanzen eine große Umsicht ab. Im Gegensatz zu den Mitteln, mit denen es Frankreichs Nachbarstaaten einst gelungen war, die Zuwanderung der Hugenotten zu steuern, konnten sie der revolutionsbedingten Fluchtbewegung nicht mit langfristigen und merkantilistischen Ansiedlungsplänen begegnen. Dass die österreichische Regierung 1793 und 1794 beispielsweise emigrierte Bauern für Pionierarbeiten an den Grenzbefestigungen anstellte, entsprach also weniger einer zukunftsgerichteten Eingliederung als einer kriegsbedingten Notmaßnahme.

Noch vor allen anderen Dingen verhinderten die zeitlich begrenzten Migrationspläne der *émigrés* eine sinnvolle Integrationspolitik. Hinzu kam, dass man angesichts der militärischen Lage eine verbindliche Emigrantenaufnahme nur schwer wagen konnte. Immerhin riskierten die Regierungen, größere Flüchtlingsgruppen aufzunehmen, denen sie im Fall eines militärischen Angriffs keinen ausreichenden Schutz bieten konnten. Die humanitäre Notlage hätte dies in vielen Regionen nur verschlimmert. Das kollektive Beharren der *émigrés* auf einen Verbleib in Grenznähe hatte bereits zur Verknappung der verfügbaren Ressourcen geführt. Im Revolutionszeitalter waren Steuerungsmaßnahmen erforderlich geworden, die der Migrationsdynamik in viel komplexeren Zusammenhängen Rechnung tragen mussten. Entscheidungen über den Umgang mit den *émigrés* waren nach 1789 folgeschwer in Grenznähe zu Frankreich, wo politische, militärische, wirtschaftliche und soziale Probleme zusammenhingen. Nicht nur in vielen Städten, sondern auch in ländlichen Gegenden nahm die Zuwanderung der Emigranten krisenhafte Erscheinungen an. Insofern übertrafen die Reaktionen die bis dahin bekannten fremdenpolizeilichen Maßnahmen, die im 19. Jahrhundert weiter ihre Wirkung entfalteten, als neue Mobilitätsformen und insbesondere Ausgestaltungen des politischen Exils die zwischenstaatlichen Beziehungen prägten.

Die zeitgenössische Revolutionserfahrung außerhalb Frankreichs darf deswegen nicht bloß auf die militärische Expansion reduziert werden. In der älteren deutschsprachigen Literatur wurde die Epochenwende bezeichnenderweise auch als »Franzosenzeit« betitelt. Bevor die Franzosen, die außerhalb Frankreichs oftmals verallgemeinernd und ohne Rücksicht auf politische Zersplitterung als Revolutionäre bezeichnet wurden, hier aber überhaupt in Erscheinung traten, hatte man in den Anrainerstaaten bereits nachhaltige Eindrücke von der Revolution gewonnen. Zu diesen zählten mancherorts schon früh revolutionäre Publizistik, republikanische Klubs und Freiheitsbäume, wesentlich verbreiteter aber waren die Begegnungen mit den *émigrés*, die folglich unfreiwillig zu Repräsentanten der Französischen Revolution wurden. Im Hinblick auf Ansätze der transnationalen Geschichtsschreibung erweitert die Untersuchung unsere überwiegend von politischen und militärischen Themen bestimmten Kenntnisse über die französisch-belgische und französisch-deutsche Geschichte der Revolutionszeit. Sie verdeutlicht insbesondere, dass Frankreichs Nachbarstaaten in den 1790er-Jahren erstmals mit den humanitären Problemen einer Massenmobilität konfrontiert wurden, für die es auf Anhieb keine Lösungen gab. Der gesellschaftliche Umbruch im späten 18. Jahrhundert war somit von den Wechselwirkungen zwischen Revolution, Krieg *und* Migration bestimmt. Neben der französischen bleiben weitere revolutionsbedingte Migrationen dieser Zeit tiefer zu erforschen, so die Fluchtbewegungen verschiedener Bevölkerungsgruppen aus den Österreichischen Niederlanden oder dem Hochstift Lüttich.

10. Schlussbetrachtung – Conclusion

Dem zeitgenössischen Bewusstsein von der Wichtigkeit des Migrationsproblems entsprach es vollkommen, dass die französischen Militär- und Zivilverwaltungen die Emigranten nach 1794 auch in den okkupierten Gebieten verfolgten. Auf der Grundlage der Gesetze wollten sie Landesverräter zur Rechenschaft ziehen, wobei sie der ehemaligen Aufnahmebevölkerung deutlich signalisierten, dass diese in den Jahren zuvor keine Revolutionsopfer aufgenommen hatten. In weiten Teilen Westeuropas führten Frankreichs Autoritäten die Stigmatisierung der *émigrés* fort, was wiederum zur Festigung eines negativen Emigrantenbildes beigetragen hat. Ihren Ausdruck fand diese generelle Bezeichnung in den Emigrantenartikeln, die das französische Direktorium in die Friedensverträge mit der Republik der Vereinigten Niederlande, der Markgrafschaft Baden, dem Herzogtum Württemberg und der Helvetischen Republik aufnehmen ließ. Auf dieser Grundlage verpflichteten sich Letztere, künftig keine Geflüchteten aus Frankreich mehr aufzunehmen. Zumindest aus Sicht der französischen Diplomatie konnten diese Zugeständnisse der Nachbarstaaten auch als Eingeständnisse einer verfehlten Zuwanderungspolitik verbucht werden. Mit der Forderung an die Nachbarstaaten, französische Emigranten künftig abzuweisen, wollte das Direktorium Ansammlungen an den neuen Außengrenzen verhindern. Zugleich setzte es mit dieser Einschränkung der Freizügigkeit die widersprüchliche Migrationspolitik der Nationalversammlung fort.

Nur eine sehr kleine Anzahl der *émigrés* hat sich unter diesen Voraussetzungen in den untersuchten Aufnahmestaaten dauerhaft niedergelassen. Einigen wenigen gelang es, das Bürgerrecht im Ausland zu erlangen. Andere konnten zumindest eine Zeit lang versteckt leben und der Verfolgung entgehen. Nach ihrer Weiterflucht in entferntere Gebiete endete der Aufenthalt der *émigrés* in Frankreichs Nachbarstaaten schleichend und vielfach unmerklich. Unter napoleonischer Herrschaft überlagerten in Europa zudem neue Konflikte das Problem der Emigration, das seit den späten 1790er-Jahren zunehmend an Brisanz und damit an politischer Bedeutung verlor. Dieser Ablauf entsprach sicherlich den Intentionen der betroffenen Staaten, denen an einem für sie reibungslosen Ausgang der Migration nur gelegen sein konnte. Gleichzeitig stand damit das zeitgenössisch weitgehend unbeachtete Ende der Emigration in einem scharfen Kontrast zu ihren turbulenten und spannungsreichen Anfängen. Am Schluss soll so jedenfalls das Desiderat stehen, die schwierige Reintegration der *émigrés* weiter zu erforschen.

10.2 Conclusion*

Ce travail s'intéresse au phénomène de l'émigration française après 1789. Durant la période révolutionnaire, en l'espace de quelques années seulement, environ 160 000 personnes quittèrent leur pays. Avant d'envisager, à partir du milieu des années 1790, des destinations plus lointaines et parfois extra-européennes, la plupart des émigrés cherchèrent refuge dans les pays voisins, espérant n'y vivre qu'un exil temporaire. En se concentrant sur les espaces limitrophes de la France, au nord et à l'est, cette étude a pour objectif de présenter une histoire de la migration problématisée et fondée sur les sources, afin de retrouver sa composition, ses processus, ses mécanismes et ses conséquences.

Dans ce but, différentes perspectives décentralisées et transnationales ont été adoptées, et ont nécessité le dépouillement d'archives majoritairement inexploitées des anciens territoires d'accueil. Ces sources ouest-européennes permettent d'affiner les grandes phases et les différents aspects du phénomène migratoire. En effet, les réflexions historiographiques sur l'émigration ont été jusqu'à présent fortement influencées par son issue connue, c'est-à-dire le retour final des émigrés en France. L'émigration a trop rarement été envisagée comme un processus fondamentalement ouvert, porteur d'évolutions potentiellement divergentes et même opposées. Le résumé suivant des résultats de l'étude reprend les grandes problématiques qui ont guidé la recherche. Dans le cadre d'une approche intégrée, il aborde les aspects normatifs, politiques, sociaux et pratiques qui semblent aussi caractéristiques que pertinents pour comprendre un phénomène historique européen, qui a traversé toute la société.

Il apparaît tout d'abord que l'émigration française doit être comprise – peut-être même avant d'être racontée comme une histoire de la contre-révolution, de la noblesse en exil ou des transferts culturels – comme une migration forcée. Il ne s'agit pas ici d'exprimer uniquement par des chiffres l'ampleur de la violence, mais de chercher à mettre en avant la menace presque existentielle qui a poussé de nombreux émigrés à fuir et qui a influencé leurs décisions quotidiennes en exil. Dans ce cadre, il convient d'aller à l'encontre d'une vision simplifiée de l'émigration comme dommage collatéral de la Révolution, suggérée par les conceptions centrées sur la France et les théories du progrès du républicanisme. Même si elle s'est principalement déroulée hors de France, l'émigration fait partie de l'histoire de la Révolution.

* La traduction de cette conclusion a été rendue possible grâce au prix »Traduire et diffuser« de l'Institut historique allemand, attribué à Jort Blazejewski par le jury en 2024. Traduction: Anne-Sophie Anglaret.

En conséquence, le processus migratoire doit être intégré dans une perspective internationale, à commencer par la persécution juridique et politique des émigrés en France à partir du début des années 1790. La responsabilité en incombait d'abord à l'Assemblée nationale constituante puis, à partir de 1791, législative qui érigea l'émigration en ennemie par le vote de plusieurs centaines de lois. Les exilés furent loin d'être les seuls visés par cette législation répressive: celui qui ne se rendait pas coupable par son propre départ n'en risquait pas moins d'être touché par les nombreux décrets et lois sur le sujet. Déjà, avant leur codification par la Convention en 1793, tout ce qui avait un rapport, même lointain, avec les mouvements d'émigration, avait été incriminé. Ainsi, il suffisait par exemple de connaître une personne accusée d'émigration pour être suspecté de menées antirévolutionnaires. Avant la guerre de la première coalition, qui mobilisa de nombreux États à partir d'avril 1792, l'idée dominante dans l'opinion publique française était que les émigrés étaient passés en masse du côté des princes européens, pour aider à combattre leur propre patrie. Si la création d'unités militaires composées d'émigrés et leur bruyante rhétorique guerrière contre-révolutionnaire contribuèrent à alimenter cette représentation, les militants n'étaient pas représentatifs des réfugiés, du point de vue numérique ou idéologique. L'Assemblée nationale et, plus tard, la Convention érigèrent en ennemis non seulement la figure de l'émigré, mais aussi son entourage. Au-delà des oppositions politiques et idéologiques qui divisaient depuis longtemps la population française, cette diffusion normative creusa le fossé entre les exilés et leur société d'origine. Celui-ci devint sans doute plus profond que jamais lorsque les députés français décidèrent en 1792 que les émigrés étaient coupables de complot contre la patrie et devaient être punis de mort.

Pourtant, des motifs clairement contre-révolutionnaires ou politiques ne peuvent être retrouvés que pour une part relativement réduite des émigrés, qui constituaient un groupe extrêmement divers. Compte tenu des lois révolutionnaires contradictoires et de la succession des dirigeants, le spectre de ce qui pouvait être considéré comme une opposition politique était d'ailleurs aussi large que flou. Les conditions des départs suggèrent également que l'émigration résultait avant tout d'un sentiment d'insécurité sociale. Celui-ci se répandit rapidement à la suite de l'effondrement de l'ordre étatique, ecclésiastique et social familial, et toucha toutes les catégories de la société. Personne n'était immunisé contre la panique, pour reprendre l'expression de l'historien Donald Greer¹. La composition de la population exilée confirme cet effet transversal. Si la noblesse et le clergé français ont marqué la représentation historiographique de l'émigration, il convient de souligner que la plupart des réfugiés appartenaient au tiers état.

¹ GREER, *The Incidence of the Emigration*, p. 35.

Au contraire des huguenots français, par exemple, dont la fuite à la fin du xviii^e siècle fut essentiellement causée par la limitation et la répression par les autorités de l'exercice de la religion protestante, les émigrés se distinguèrent par une grande diversité de motifs après 1789. Les sources disponibles renvoient à des motivations très complexes. Ainsi, la recherche historique doit se garder d'adopter une interprétation trop politique des causes de l'émigration, qui reflète moins la situation concrète des personnes concernées que l'image, construite à l'époque, d'ennemis rebelles et de traîtres à la patrie. Si l'on considère que l'Assemblée nationale voulait détruire leurs moyens d'existence en France, la tendance des émigrés à se tourner en réaction vers des visions du monde et des systèmes politiques concurrents semble moins surprenante. Toutefois, les causes de l'émigration ne doivent pas être déduites de ses conséquences.

Des voix dissonantes, qui cherchaient à distinguer les populations déplacées des activistes contre-révolutionnaires, s'élevèrent aussi en France, mais elles ne purent tempérer la représentation dominante de l'ennemi. Une certaine détente se fit sentir dès le milieu des années 1790, mais la résolution du problème ne pouvait passer que par l'impunité des émigrés. L'assouplissement graduel des lois françaises, jusqu'à l'amnistie accordée en 1802 par Napoléon Bonaparte, eut un effet direct sur le phénomène. Si, dès 1791, les lois avaient influé sur l'émigration, ce fut finalement leur retrait qui révéla la grande efficacité du régime migratoire français. De fait, l'amnistie déclencha un mouvement de retour immédiat. Ainsi, malgré l'inconsistance législative, le gouvernement français parvint à engager la remigration selon sa propre conception.

Au fil des ans, les émigrés avaient perdu le lien avec leur société d'origine, devenue pour eux étrangère, et dans laquelle ils étaient eux-mêmes étrangers. À l'aune de cet éloignement, l'importance du pardon décidé par Napoléon ne saurait être surestimée. Pourtant, l'amnistié qui revenait en France était confronté à un avenir incertain. Dans le contexte de la sécularisation, et de la dissolution de la majorité des États frontaliers qui avaient servi de refuge, jusqu'en 1806, la réintégration sociale des émigrés fut un processus lent et ardu. Les conditions sociales et économiques de cette difficile réintégration, en particulier, sont encore peu connues, et les recherches dans ce domaine manquent cruellement.

Celui qui revenait avait survécu à la Révolution. Il n'y avait là rien d'une évidence, car d'autres, y compris des députés de l'Assemblée qui avaient criminalisé l'émigration, avaient perdu la vie dans et par la Révolution. Pour s'exiler, les émigrés n'en avaient pas moins dû prendre des risques considérables, à commencer par l'organisation du voyage. Après 1789, le danger sur le territoire national était d'être arrêté et jugé en tant que «prévenu d'émigration». Malgré les échanges incessants d'informations entre les groupes parvenus à l'étranger

et les candidats au départ en France, pour nombre de ces derniers les régions frontalières demeuraient inconnues, et la plupart des voyageurs ne mettaient au point leurs plans pour traverser la frontière qu'une fois en chemin. En raison des incertitudes géographiques et politiques, la prégnance des »cartes mentales« était grande, et les pays étrangers ne correspondaient pas toujours, loin de là, aux représentations et aux espoirs individuels. Contrairement à ce que suggère le terme »émigrer«, qui renvoie à un projet organisé et à un but précis, le voyage hors de France était associé à de grandes incertitudes et à des possibilités limitées de planification. De nombreux écrits du for privé indiquent que la Révolution et la guerre avaient sensibilisé la population frontalière française aux mobilités étrangères.

Aux frontières extérieures de la France, des réseaux aidaient à traverser ceux qui voulaient quitter le territoire pour des raisons financières, humanitaires ou politiques. L'activité des passeurs et autres agents, qui transparaît dans de nombreuses sources en dépit de son caractère anonyme, doit aussi être vue comme l'indice que l'émigration engagea une population plus nombreuse que ne le laisseraient penser de simples taux de départs. De nombreux scénarios de fuite ne peuvent s'expliquer aujourd'hui autrement que par l'assentiment silencieux des témoins oculaires et de tous ceux qui savaient. L'histoire du chanoine Claude-François Dumesnil, dont les notes détaillées constituent pour la recherche une source tout à fait unique, permet bien de constater qu'il se trouvait dans la population frontalière des observateurs attentifs à qui il importait de dénoncer de potentiels émigrés, en raison de l'obligation légale ou par conviction idéologique. Pourtant, les témoins restaient majoritairement silencieux. La stabilité des routes de fuite, dont sept au moins peuvent être reconstituées aux frontières nord et nord-est de la France, plaide en faveur de cette hypothèse. Alors qu'elles étaient connues des autorités et de la population, elles furent utilisées sans interruption pour rejoindre l'étranger. Espacées de façon remarquablement régulière, ces routes permettaient de quitter la France en passant par les zones frontalières favorables que constituaient les espaces naturels. S'il était aussi possible de partir par la mer du Nord, les voies de fuite septentrionales traversaient la frontière près des villes et villages de Lille/Valenciennes, Givet et Thionville. Alors qu'au nord-est deux routes prévoyaient la traversée de la Sarre et du Rhin, plus à l'est les émigrants passaient en Suisse par le Jura et le Doubs.

Du point de vue des mobilités, la première période fut dominée par les migrations proches. Conformément au principe qu'il fallait partir aussi loin que nécessaire et aussi près que possible, le danger immédiat de dénonciation et d'arrestation était conjuré après le passage de la frontière. Toutefois, pour les émigrés, cela marquait également le début d'une vie pleine d'aléas existentiels. Les représentations romantisées, que l'on trouve parfois dans les

mémoires rédigés par des émigrés, ne doivent pas dissimuler les conditions de vie précaires qui transparaissent dans les sources officielles des pays d'accueil. Le déracinement social et familial, le manque durable de ressources et l'absence de perspectives marquaient la plupart des vies en exil, bien loin de la vie luxueuse et insouciance que menèrent temporairement certains émigrés, majoritairement nobles. Ainsi, ces conditions de vie, surtout connues pour la colonie de Coblenz, ne doivent pas mener à des conclusions générales sur la situation des émigrés. Le revers de l'émigration française n'était pas visible dans les cours européennes, d'autant plus que les grandes colonies qui se développèrent à Londres ou à Turin, par exemple, restèrent fermées à la plupart des réfugiés. Les petites villes et les villages proches de la frontière furent bien davantage le théâtre du destin, parfois douloureux, des émigrés.

Une approche mesurée du processus d'émigration nécessite l'adoption de perspectives d'histoire régionale et locale. Les émigrés ont souvent laissé beaucoup plus de traces au niveau local que dans les archives de l'État central. Les sources conservées, par leur abondance même, laissent entrevoir l'importance d'un phénomène qui a traversé toute la société. Comme à Trèves, où les émigrés étaient manifestement répartis dans différents quartiers, les habitants d'autres villes devaient eux aussi rencontrer inévitablement des réfugiés. Cela ne vaut pas seulement pour les hôtes ou les aubergistes, comme à Worms ou à Karlsruhe par exemple, mais également pour des catégories de population qui n'avaient, de prime abord, aucun lien avec l'hébergement des Français, comme la garnison dans la ville fortifiée de Namur. Dans l'espace public, c'est-à-dire dans les auberges, dans la rue, dans les églises ou sur les marchés, il y eut sans doute d'innombrables contacts avec des émigrés.

Le terme »émigrés«, qui s'est aujourd'hui imposé pour désigner spécifiquement les exilés de la Révolution française, renvoie à juste titre au fait qu'ils n'eurent pratiquement aucune importance, à l'étranger, en tant qu'immigrés. De fait, seule une petite partie d'entre eux recherchait une intégration à long terme. Toutefois, leur émigration temporaire ne peut être considérée uniquement comme un mouvement d'évitement, elle doit être comprise comme une poursuite de la fuite, une expulsion, une déportation et une évacuation. Reconnaître que les émigrés, non loin de leur espace de départ, vécurent différents aspects d'une migration forcée, invite à souligner l'utilité des approches régionales et locales pour la recherche historique sur la migration. Basées sur des sources généralement denses, constituées notamment par les documents officiels des autorités et acteurs locaux, elles évitent toute typologie schématique des mouvements migratoires, qui laisserait de côté les formes divergentes et atypiques.

L'hétérogénéité des parcours migratoires est due au fait que les émigrés, dans les pays proches de la frontière, faisaient face à de nombreuses barrières

juridiques. Alors que l'État français cherchait à empêcher leur départ, puis leur retour, en érigeant une forteresse législative, ils étaient aussi confrontés de l'autre côté de la frontière à d'innombrables restrictions, obligations de se déclarer et expulsions. Soucieux du maintien de l'ordre et de la sécurité publiques, les États hôtes réagirent par la multiplication des ordonnances. Certes, dans les faits leur mise en œuvre laissa souvent à désirer, et il est établi qu'il était tout à fait possible de négocier les conditions de séjour, ou de contourner les restrictions juridiques. Il n'existait pas, en revanche, de droit d'asile. Ainsi, toute planification de la vie des émigrés dépendait entièrement de la tolérance du pays d'accueil, ce qui interdit dans leur cas toute idéalisation de l'exil. L'étranger leur offrait peut-être la sécurité, mais pas nécessairement la liberté.

Dans les faits, les émigrés durent sans cesse décider s'ils voulaient rester, rentrer ou repartir. Après 1792, au plus tard à partir de 1794, la situation à la frontière de la France devint si imprévisible qu'il leur fallut réagir de façon pragmatique. Les occupations successives par l'armée française des espaces de refuge entre la mer du Nord et le Rhin déclenchèrent au début de l'été 1794 une fuite massive. Pour éviter des regroupements incontrôlables, la plupart des gouvernements refusèrent d'accueillir les émigrés et décidèrent leur expulsion. Aux alentours de Valenciennes, dans la zone du front, les groupes d'émigrés durent ainsi être évacués à l'été 1794. Des scènes dramatiques se déroulèrent également dans d'autres régions, et les principaux axes de circulation rhénans, en particulier, se trouvèrent encombrés par l'exode des réfugiés. Il y avait là non seulement des Français, mais aussi plusieurs milliers de personnes venues des Pays-Bas autrichiens. Les problèmes humanitaires qu'ils rencontraient et l'interdiction de séjour poussèrent parfois ces exilés de différentes origines à affronter ensemble le quotidien. Ainsi, les sources montrent que certains partageaient des informations et effectuaient ensemble une partie du chemin. L'occupation de la rive gauche du Rhin, garantie à la France par la paix de Bâle en 1795, entraîna inexorablement un déplacement vers d'autres espaces refuges. De nouvelles colonies d'émigrés virent le jour le long de la ligne de démarcation négociée entre la France et la Prusse, par exemple à Emmerich, Münster, Dorsten ou Hamm.

En dépit de la volonté des émigrés de rester près de la frontière, les mobilités étaient soumises à une dynamique constante. Les migrations de proximité s'accumulèrent, entraînant dans une véritable odyssée non seulement les membres des unités militaires, mais aussi des émigrés civils qui parcoururent, en l'espace de quelques années, plusieurs milliers de kilomètres. Les éclosions fugaces de microsociétés, communautés de circonstances formées par les réfugiés, aussi bien dans des territoires densément peuplés que dans des lieux plus isolés, témoignent de cette mobilité permanente. Dans les difficiles

conditions de l'exil, les émigrés durent sans cesse repartir de rien. Les résultats des recherches sur la formation et la fonction de ces microsociétés vont à l'encontre des représentations téléologiques qui font de l'émigration un mouvement contre-révolutionnaire concerté, aboutissant en droite ligne, d'un point de vue politique, à la restauration des Bourbons en 1814/1815. L'émigration fut en réalité la somme de nombreux mouvements de fuite, aux formes et aux motivations diverses.

L'insécurité permanente et la pression constante face aux décisions à prendre pesaient sur les émigrés de toutes origines sociales. L'étude montre que l'émigration eut un effet égalisateur sur le milieu des exilés, d'abord fidèle au modèle de la société d'ordres d'Ancien régime. Si le mode de vie opulent des nobles était inaccessible à d'autres groupes, les conditions changèrent lorsque la guerre de la coalition éclata en avril 1792. Après la défaite de Valmy en septembre 1792, désastre moral et militaire pour les alliés, et la perte de ressources essentielles, les différences entre états semblèrent abolies. Souvent, elles ne purent être compensées que de façon symbolique. L'ancien patrimoine, l'office et la place occupée autrefois à la cour n'épargnaient au fond à personne les vicissitudes et les dangers de la vie d'émigré. Ainsi, tous étaient sans cesse en quête de lieux de séjour, de sources de revenus, de connaissances et de parents, de possibilités de retour, en bref: de sécurité. En témoignent les exemples de migrations de mercenaires, comme celles qui eurent lieu parmi les émigrés militaires dans le cadre des créations de nouveaux régiments à partir de la fin de l'année 1792. Les initiatives visant à créer des œuvres de bienfaisance, de la part d'émigrés issus de la noblesse ou du clergé, illustrent les besoins de secours qui transcendaient les statuts sociaux.

Dans certains cas, l'exil n'entraîna pas seulement une égalisation, mais un véritable renversement de l'ancien ordre social. Alors que les nobles et les personnages illustres avaient d'abord été bien accueillis, avec leur escorte, dans de nombreux territoires, les réactions changèrent à partir de 1792. Dans les pays d'accueil, la bienveillance s'orienta surtout vers ceux qui étaient perçus comme des émigrés ordinaires, et n'avaient rien à voir avec les unités militaires. De même que les membres du bas clergé, la population rurale était considérée comme particulièrement nécessiteuse et vulnérable, d'autant plus qu'elle avait généralement fui la France en famille.

De fait, la décision d'émigrer concerna souvent des familles entières, soit parce qu'elles quittèrent ensemble le pays, soit parce que certains membres durent subir les conséquences des lois sur l'émigration. À la fin de l'année 1793 et au début de l'année 1794, des familles fuirent en masse l'Alsace et la frontière des Flandres. Les études de cas révèlent que les enfants et les adolescents représentaient une part importante des réfugiés. Ainsi, l'émigration ne peut être comprise uniquement comme une réaction à la Révolution, de la part d'acteurs

émancipés et libres de leurs choix. D'une part, cette simplification ne résiste pas aux connaissances sur la pyramide des âges des émigrées et des émigrés; d'autre part, l'étude des structures familiales et sociales indique l'existence de rapports de dépendance complexes. Ceux-ci ne concernaient pas seulement les mineurs mais aussi les domestiques, la famille, les épouses, les personnes âgées, les curés de campagne et autres membres du bas clergé. L'étude approfondie des villes refuges, appuyée sur les sources locales, a montré dans plusieurs cas que la présence de ces groupes était loin d'être marginale, et qu'ils représentaient une part importante des émigrés. À l'avenir, les recherches sur la composition de l'émigration devront établir des distinctions plus nettes encore en fonction des spécificités liées à l'âge et au sexe.

Même si les militaires émigraient aussi en partie avec leurs familles, ils s'attiraient souvent le mécontentement de la population. Des Pays-Bas autrichiens jusqu'au Rhin, les cantonnements des unités d'émigrés furent les principales causes de conflits et de crispations, non seulement dans les villes comme Tournai, Coblenz et Worms, mais également dans les terres et les villages environnants. Les troupes étrangères, de leur côté, ne se préoccupaient pas des lois et des règles de propriété locales. Dans de nombreuses zones rurales, les dommages se multiplièrent, entraînant plaintes et litiges. Plus que par la présence des unités militaires – le cantonnement n'était pas une nouveauté dans nombre des districts étudiés –, le mécontentement fut causé par le fait que les autorités locales assistaient aux abus sans réagir. Elles renoncèrent à intervenir en partie par conviction contre-révolutionnaire, en partie par impuissance politique. Ainsi, dans de nombreuses régions, la réserve des gouvernements locaux laissa un sentiment d'insécurité, qui contribua à produire une image d'autant plus négative des émigrés.

L'émigration française ne fut donc pas perçue par les sociétés d'accueil comme un phénomène d'élite. La situation de détresse persistante dans laquelle se trouvèrent les émigrés à partir de 1792, après la mobilisation militaire, ne passa inaperçue ni aux yeux des autorités ni à ceux de la population. Ils renvoyaient à bien des égards une image dissuasive. L'ancienne élite française – grands nobles, membres de la cour, dignitaires ecclésiastiques mais aussi propriétaires terriens, nobles de province, officiers ou conseillers au parlement – semblait avoir tout perdu, sauf la vie. Il en allait de même des émigrés issus de couches sociales plus modestes. Les sources montrent que cette époque fut marquée par le dénuement général et les problèmes humanitaires. Certes, les autorités avaient fort à faire avec la gestion de la migration, mais le malheur des émigrés favorisait aussi le rejet moral et politique de la Révolution. Des villes aux villages, l'exemple des émigrés permettait bien de constater, comme ne manquaient pas de le faire savoir certains gouvernements, les souffrances

causées par la Révolution. Dans ce contexte, un durcissement des lois de police devenait plus vraisemblable.

En dépit de sa fin abrupte, la présence temporaire des émigrés français eut davantage d'effets sur les pays limitrophes qu'on ne pourrait le supposer. Outre la confrontation directe avec les conséquences de la Révolution, en quelques années les mouvements d'exode eurent pour conséquence, dans tous les États concernés, une expansion drastique de la police des étrangers. Par comparaison avec les normes édictées par les souverains au cours des décennies précédentes, l'activité réglementaire prit des proportions jusqu'alors inégalées. Pour les seuls pays d'accueil ouest-européens étudiés dans ce travail, plus de 200 ordonnances visèrent à réguler la mobilité des étrangers. Ces pays comprenaient non seulement les grands États territoriaux comme les principautés ecclésiastiques de Trèves, de Cologne et de Mayence, mais aussi des États fragmentés et de taille réduite comme le duché de Palatinat-Deux-Ponts et le margraviat de Bade. Peu avant la disparition du Saint-Empire, rien n'indiquait de ce point de vue un déclin interne, fonctionnel, des souverainetés. Avec une extraordinaire capacité d'improvisation, les gouvernements développèrent des régimes migratoires qui eurent une influence considérable sur le phénomène. La création de nombreuses commissions pour enregistrer, loger et surveiller les réfugiés, et l'étroite collaboration avec les chefs émigrés, sont caractéristiques de la gestion de crise d'une migration forcée qui, en dépit de toutes ses imperfections, fit figure de modèle au XIX^e siècle: de fait, les ordonnances sur les émigrés des années 1790 furent intégrées dans le socle législatif des jeunes États nationaux, et leurs principes furent réellement appliqués. Au moment de la révolution de juillet en 1830, lorsque les pays frontaliers virent de nouveau arriver des réfugiés français, comme à Trèves, les autorités compétentes s'appuyèrent sur l'expérience de leurs prédécesseurs du début des années 1790.

Comment alors caractériser la politique migratoire des pays d'accueil? Comme le montre l'exemple de l'émigration française, les régimes migratoires étatiques eurent une influence non seulement sur les migrations à long terme, mais aussi sur les mouvements plus temporaires. Dans la mesure où certains gouvernements alignaient leurs dispositions sur celles des États voisins, les pays concernés parvinrent, en dépit des nombreux problèmes pratiques, à mettre en place une gestion transfrontalière des migrations. L'intensité du phénomène, mais aussi la conflictualité politique, exigeaient des instances responsables une grande prudence. Les plans d'implantation mercantilistes à long terme, qui avaient autrefois permis aux voisins de la France de contrôler l'immigration huguenote, ne pouvaient plus être utilisés pour faire face aux mouvements de fuite causés par la Révolution. En ce sens, par exemple, l'emploi de paysans émigrés par le gouvernement autrichien en 1793 et 1794,

pour des travaux de fortification des frontières, correspondait moins à une intégration à long terme qu'à une mesure d'urgence liée à la guerre.

Surtout, les projets migratoires des émigrés, limités dans le temps, empêchaient toute politique d'intégration pertinente. Par ailleurs, au vu de la situation militaire, il semblait aventureux de prendre des engagements quant à l'accueil des émigrés. Les gouvernements risquaient d'accueillir de grands groupes de réfugiés sans pouvoir leur garantir une protection suffisante en cas d'attaque militaire. Cela n'aurait fait qu'aggraver la situation humanitaire critique dans de nombreuses régions. L'insistance collective des émigrés à demeurer près de la frontière avait déjà causé une raréfaction des ressources disponibles. À l'ère de la Révolution, des mesures de gestion étaient devenues nécessaires pour tenir compte de la dynamique migratoire dans une situation bien plus complexe. Après 1789, les décisions concernant la conduite à avoir avec les émigrés furent lourdes de conséquences près de la frontière française, où les problèmes étaient à la fois politiques, militaires, économiques et sociaux. Dans de nombreuses villes, mais aussi dans des zones rurales, l'arrivée des émigrés prit des allures de crise. Dans ce contexte, les réactions dépassèrent les mesures déjà connues de police des étrangers et continuèrent à déployer leurs effets au XIX^e siècle, lorsque de nouvelles formes de mobilité, et en particulier d'exil politique, marquèrent les relations interétatiques.

Ainsi, l'expérience de la Révolution hors de France ne doit pas être réduite à celle de l'expansion militaire. Dans la littérature germanophone ancienne, ce tournant historique était appelé, de façon significative, »le temps des Français«. Avant même l'arrivée des Français, souvent désignés tout d'un bloc hors de France comme des »révolutionnaires«, sans égards pour la fragmentation politique, la Révolution avait déjà fait ressentir ses effets dans les pays limitrophes. De nombreux lieux virent ainsi apparaître le journalisme révolutionnaire, les clubs républicains et les arbres de la liberté, mais l'expérience la plus courante fut la rencontre avec les émigrés, qui devinrent ainsi des représentants involontaires de la Révolution française. Dans le cadre d'une historiographie transnationale, cette étude élargit les connaissances sur l'histoire franco-belge et franco-allemande de la période révolutionnaire, dominées jusqu'ici par des thématiques politiques et militaires. En particulier, elle permet de souligner que les États voisins de la France furent confrontés pour la première fois dans les années 1790 aux problèmes humanitaires causés par une mobilité de masse, pour lesquels aucune solution n'existait encore. Les bouleversements sociaux de la fin du XVIII^e siècle furent ainsi le produit des effets conjugués de la Révolution, de la guerre *et* de la migration. Outre l'émigration française, il conviendrait d'étudier plus en profondeur les autres migrations causées par la Révolution durant cette période, comme la fuite de différentes populations des Pays-Bas autrichiens ou de la principauté épiscopale de Liège.

La poursuite des émigrés après 1794 par les administrations militaires et civiles françaises, dans les territoires occupés, montre l'importance que les contemporains accordaient au problème migratoire. En s'appuyant sur les lois pour faire rendre des comptes aux traîtres à la patrie, ces administrations signalaient clairement aux peuples qui les avaient accueillis qu'ils n'avaient en aucun cas abrité, les années précédentes, des victimes de la Révolution. Dans une grande partie de l'Europe de l'Ouest, les autorités françaises continuèrent à stigmatiser les émigrés, ce qui contribua à entretenir une image négative. Cette condamnation s'exprima dans les articles sur les émigrés que le Directoire fit inclure dans les traités de paix avec les Provinces-Unies, le margraviat de Bade, le duché de Wurtemberg et la république helvétique. Ces États s'engageaient ainsi à ne plus accueillir à l'avenir aucun réfugié de France. Du point de vue de la diplomatie française au moins, ces concessions des États voisins pouvaient être vues comme l'aveu d'une politique migratoire fautive. En exigeant de ces États qu'ils n'acceptent plus, à l'avenir, les émigrés français, le Directoire voulait éviter les regroupements le long des nouvelles frontières extérieures. Par cette restriction de la liberté de circulation, il poursuivait aussi la politique migratoire contradictoire de l'Assemblée nationale.

Dans ces conditions, seul un très petit nombre de personnes s'installa durablement dans les pays d'accueil étudiés. Parmi elles, rares furent celles qui réussirent à obtenir la citoyenneté à l'étranger. D'autres purent vivre cachées et échapper à la persécution au moins pendant un temps. Après leur fuite vers des espaces plus éloignés, le séjour des émigrés dans les États limitrophes de la France prit fin obscurément et souvent imperceptiblement. Sous la domination napoléonienne, de nouveaux conflits se superposèrent au problème de l'émigration, qui devint de moins en moins explosif à partir de la fin des années 1790, au plus tard, et perdit ainsi en importance politique. Cette évolution répondait certainement aux intentions des États concernés, qui ne pouvaient que se satisfaire d'une sortie de la migration sans heurts pour eux. La fin de l'émigration, passée largement inaperçue aux yeux des contemporains, contrasta ainsi fortement avec ses débuts turbulents et conflictuels. Au terme de ce travail, il semble souhaitable de poursuivre les recherches sur la difficile réintégration des émigrés.